ExportManager

Ausgabe 8 | 11. Oktober 2023
www.exportmanager-online.de

Ausgewählte Informationen für Exportverantwortliche

Schwerpunktthema dieser Ausgabe: Südamerika

Die Führungsrolle Lateinamerikas | Zahlungsdisziplin in Deutschland lässt weiter nach | Argentinien wählt und strauchelt wirtschaftlich | Die neue Welt der Export-Experten | Die Achillesferse im Außenhandel | Eine Welt ohne Bargeld | EU-Zollreform: Auswirkungen auf Unternehmen mit Auslandsgeschäft | Art. 3g: Handel mit Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Russland

Argentinien ist bekanntlich amtierender Fußball-Weltmeister, Messi der berühmteste Staatsbürger nach Maradona. Auch politisch ist vieles in Bewegung. Demnächst könnte das südamerikanische Land nach Cristina Kirchner wieder von einer Frau regiert werden: Doch in den Vorwahlen zog Patricia Bullrich gegenüber dem „Trump Argentiniens" den Kürzeren. Ende Oktober wissen wir, wer als politischer Kopf versuchen wird, das ökonomisch darbende Land wieder aufzurichten. Im neuen **ExportManager** lesen Sie auf Seite 8 eine ausführliche Analyse Argentiniens derzeitiger Lage.

Lange Zeit hat Deutschland von seiner florierenden Exportwirtschaft profitiert. Doch das Geschäftsmodell hat durch die Abkehr vom Freihandel, Corona und den Ukraine-Krieg deutliche Risse bekommen. Dennoch braucht sich die Bundesrepublik nicht zu verstecken. Das zeigen ein Beitrag von Hauke Burkhardt (S. 13), aber auch die Aussagen vieler Experten auf dem diesjährigen „Tag der Exportweltmeister" (S. 10). In dieser Ausgabe finden Sie zudem u.a. Beiträge zur EU-Zollreform und zur Russland-Embargo-Verordnung.

Jörg Rieger

THEMEN

VERKAUFEN

3 Die Führungsrolle Lateinamerikas
Trotz niedriger CO_2-Emissionen wird Lateinamerika in hohem Maße von den Folgen des Klimawandels in Form von häufigen Dürren, Überschwemmungen und schweren Hurrikans getroffen. Die Region hat große Vorkommen an strategischen Mineralien und bezieht im geopolitischen Kräftemessen eine überwiegend neutrale Position.
Karsten Koch, Credendo

6 Zahlungsdisziplin in Deutschland lässt weiter nach
Die Zahlungserfahrungen deutscher Unternehmen nähern sich weiter dem Niveau vor Ausbruch der Pandemie, wie eine Coface-Befragung zeigt. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Aussichten schaut ein Großteil der Befragten pessimistisch in die Zukunft.
Christiane von Berg, Coface

8 Argentinien wählt und strauchelt wirtschaftlich
Am 13. August fanden in dem südamerikanischen Land Vorwahlen statt. Diese werden oft als Generalprobe für die bald angesetzten nationalen Präsidentschaftswahlen bezeichnet. Argentinien hat derweil mit großen Wirtschafts- und Währungsproblemen zu kämpfen.
Jürgen Schnorrenberger, Credendo

VERNETZEN

10 Die neue Welt der Export-Experten
Rund 300 Gäste bekamen beim diesjährigen „Tag der Exportweltmeister" einen bunten Strauß an Themen dargeboten. Dabei standen die Chancen der Digitalisierung und der Nachhaltigkeit im Fokus. Auch das Netzwerken kam nicht zu kurz.
Jörg Rieger, ExportManager

13 Die Achillesferse im Außenhandel
Der Außenhandel hat Deutschland stark und wohlhabend gemacht. Doch der Import von Energie und metallischen Rohstoffen ist auch die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft. Deutschland braucht dringend eine neue Strategie.
Hauke Burkhardt, Deutsche Bank

FINANZIEREN

15 Eine Welt ohne Bargeld
In Schweden bald Realität, in Deutschland weiter undenkbar: das Ende des Bargelds. Für die einen wäre das praktisch, für andere ein Albtraum. Könnten auch die Deutschen die Lust am Baren verlieren?
Deutsche Bank

LIEFERN

17 EU-Zollreform: Auswirkungen auf Unternehmen
Mitte Mai 2023 verkündete die EU-Kommission Wegweisendes – einen Vorschlag für die größte Überarbeitung der EU-Zollunion seit ihrer Gründung. Was sind die Hauptziele dieser ehrgeizigen Reform und v.a., wie wird sie Importeure und Exporteure beeinflussen?
Nicolas Urien, Trade Compliance Management Strategy

20 Handel mit Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Russland
Art. 3g Abs. 1d dürfte zurzeit die umstrittenste Vorschrift in der Russland-Embargo-VO sein. Wie sollte sie ausgelegt werden, damit die Auslegung noch vernünftig ist und nicht zu unverhältnismäßigen Ergebnissen kommt?
Harald Hohmann, Hohmann Rechtsanwälte

22 STRATEGISCHE PARTNER UND IMPRESSUM

Die Führungsrolle Lateinamerikas

Trotz niedriger CO_2-Emissionen wird Lateinamerika in hohem Maße von den Folgen des Klimawandels in Form von häufigen Dürren, Überschwemmungen und schweren Hurrikans getroffen. Die Region hat große Vorkommen an strategischen Mineralien und bezieht im geopolitischen Kräftemessen eine überwiegend neutrale Position. Dadurch könnte Lateinamerika beim Klimawandel weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen.

Karsten Koch
Country Manager,
Credendo

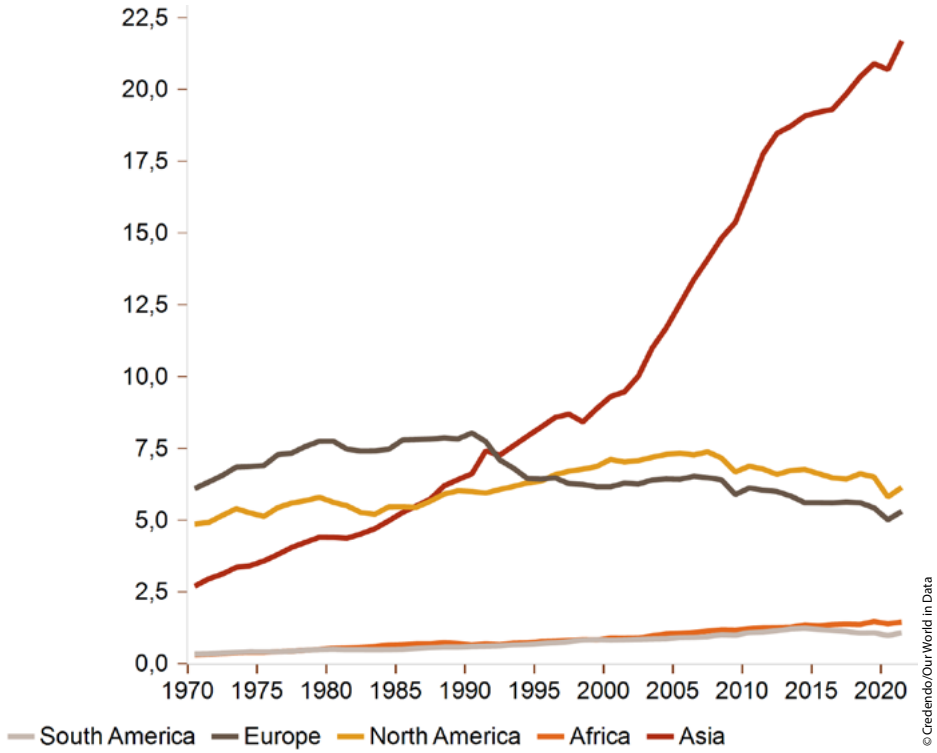
k.koch@credendo.com
www.credendo.com

Lateinamerikanische Staaten, insb. Südamerika, verursachen weniger Treibhausgase als der Rest der Welt (siehe Grafik rechts unten). Auch im Hinblick auf den CO_2-Ausstoß pro Kopf erzielt Lateinamerika gute Werte. Das Land mit dem höchsten CO_2-Ausstoß pro Kopf ist Venezuela, das unter den weltweit 241 Staaten den 92. Platz einnimmt. Diese niedrigen Emissionen sind in erster Linie auf die geringe wirtschaftliche Abhängigkeit von Öl und Gas zurückzuführen.

Gleichzeitig weist die Region den höchsten Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Stromerzeugung auf. Laut Angaben der Internationalen Energieagentur stammen 30% der gesamten verbrauchten Energie Lateinamerikas aus erneuerbaren Energiequellen, vorwiegend aus Wasserkraft. Dies steht in scharfem Kontrast zum Rest der Welt, der seinen Energieverbrauch zu lediglich 12% mit erneuerbaren Energien deckt. Außerdem gelingt es Paraguay, Uruguay und Costa Rica, nahezu 100% des Stroms aus Erneuerbaren zu erzeugen, was Lateinamerika zum globalen Spitzenreiter in Sachen sauberer Energie macht.

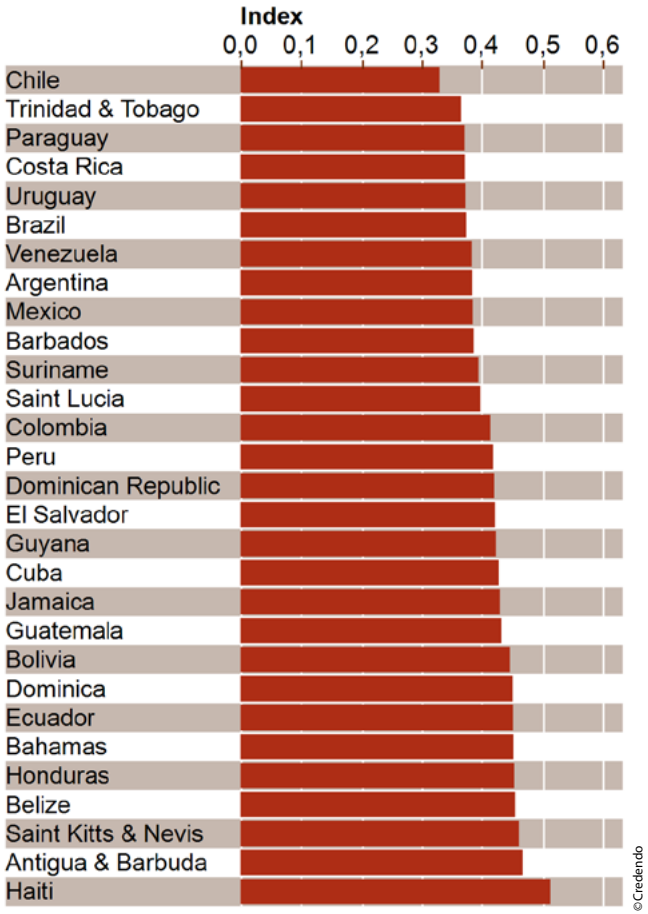
Dessen ungeachtet gibt es noch zahlreiche weitere Ansätze, die verfolgt werden können, um den Einsatz der erneuerbaren Energien in der Region zusätzlich zu erhöhen. Die Abhängigkeit Lateinamerikas von fossilen Brennstoffen ist weiterhin recht hoch. Ein Beispiel für eine vielversprechende erneuerbare Energiequelle, deren Potenzial nicht vollständig ausgeschöpft wird, ist die Geothermie: Lateinamerika liegt auf dem Pazifischen Feuerring und verfügt über ein gigantisches Netz an Vulkanen. Geothermische Quellen sind bisher jedoch weitgehend unerforscht und es werden lediglich 5% des geschätzten geothermischen Potenzials der Region genutzt. Bevor dieser Ansatz weiterentwickelt werden kann, muss die Region allerdings die entsprechenden Vorschriften und Strategien ausarbeiten, um Investitionen zu stützen.

Trotz seiner führenden Position in der Erzeugung sauberer Energie ist Lateinamerika den Klimaveränderungen besonders stark ausgesetzt. In den vergangenen Jahren kam es zu schwereren und häufigeren Dürren, extremeren tropischen Stürmen sowie Gletscherseeausbrüchen. Diese Naturkatastrophen bedrohen die gesamte Region, wenn auch in unterschiedlichem Maße (vgl. Grafik auf der folgenden Seite); die Länder mit der höchsten Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels belegen einen höheren Platz auf dem ND-GAIN-Anfällig-



Gesamte CO_2-Emissionen nach Kontinenten im Zeitverlauf (gemessen in Mrd t an CO_2-Äquivalenten)

keitsindex. Dieser Index gibt Auskunft über die langfristige Anfälligkeit und Empfindlichkeit eines Landes (z.B. durch Abhängigkeit von einer durch Klimagefahren beeinträchtigten Branche oder den Anteil der Bevölkerung, der von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen ist) sowie über seine Fähigkeit, sich an die negativen Folgen des Klimawandels anzupassen. Haiti hat in der Region den höchsten Index, da es das höchste Dürrerisiko aufweist, gleichzeitig jedoch anfällig für tropische Stürme ist und niedrige Anpassungskapazitäten hat. Auch andere karibische Inseln stehen weit oben, da viele von ihnen im Hurrikan-Gürtel liegen, wo tropische Stürme bedingt durch den Klimawandel stärker und häufiger werden, was wiederum schwere wirtschaftliche Folgen hat – insb. für die kleineren karibischen Inseln.



Empfindlichkeit für Klimaschäden (ND-GAIN-Index)

Des Weiteren hat die gesamte Region in den vergangenen Jahren mit extremeren Dürren zu kämpfen, die auf den Klimawandel und lokale Entwaldung zurückzuführen sind (etwa im Amazonasgebiet). Bis 2022 wurde Südamerika drei Jahre in Folge vom Wetterphänomen La Niña getroffen (ein seltener sog. Triple Dip und der erste dieses Jahrhunderts). Der Klimawandel gilt als Hauptverdächtiger für diese veränderten Wettermuster, die in Chile, Paraguay, Uruguay und Argentinien im letzten Sommer zu Dürren und Lauffeuern geführt haben.

Unterdessen bleibt auch Zentralamerika nicht verschont: Im sog. Trockenkorridor zwischen Südmexiko und Panama kommt es seit 15 Jahren zu häufigen extremen Dürren, die insb. in El-Niño-Jahren auftreten (einem gegenläufigen Wetterphänomen zu La Niña, das Studien zufolge durch den Klimawandel verstärkt wird). Auch für 2023 und 2024 wird ein extrem warmer El Niño erwartet. Diese Dürren haben einen Rückgang der Wasserkraftreserven zur Folge, was wiederum zu Stromversorgungsproblemen führt – etwa in Brasilien im Jahr 2021.

Eine weitere Folge ist die Beeinträchtigung wichtiger Binnenwasserstraßen wie z.B. des Río Paraná, der als zweitgrößter Fluss des Kontinents durch Brasilien, Paraguay und Argentinien fließt, während der Panamakanal auszutrocknen droht. Dürren und der dadurch ausgelöste Schädlingsbefall führen zu einem allgemeinen Rückgang der Ernteerträge. Da extreme Dürren zur neuen Normalität werden, geraten Wasser- und Nahrungsressourcen in vielen Ländern zunehmend unter Druck, und da Lateinamerika ein wichtiger Nahrungsmittelexporteur ist, wird dieser Trend starke Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit haben.

Schließlich haben aktuelle Studien gezeigt, dass der Kontinent in hohem Maße anfällig für Gletscherseeausbrüche ist, insb. in der Andenregion (Peru, Bolivien, Argentinien, Kolumbien, Chile und Ecuador). Seit 1990 sind Zahl und Größe von Gletscherseen aufgrund des Klimawandels weltweit rapide angestiegen. Außerdem hat die stromabwärts dieser Seen lebende Bevölkerung rasant zugenommen, was dazu führt, dass ein Großteil der Menschen betroffen wäre. Damit weist die Andenregion nach der asiatischen Hochgebirgsregion (hauptsächlich Pakistan, Indien und China) das weltweit zweitgrößte Risiko durch Gletscherseeausbrüche auf.

Anfällig für Wasserstress

Lateinamerika hat die ergiebigsten Wasservorkommen der Welt. Der Großteil des Wasserverbrauchs dieser Länder konzentriert sich jedoch auf einige wenige Regionen mit relativ begrenzten Vorräten, während sich die großen Wasservorkommen in vorwiegend abgelegenen und unzugänglichen Gegenden befinden. Dies macht die Region anfällig für Wasserstress. Dieser liegt vor, wenn die Nachfrage nach Wasser die verfügbare Menge während einer bestimmten Zeit übersteigt oder wenn schlechte Qualität die Nutzung des Wassers einschränkt. Nach der Einstufung des Water Institute von 2019 leidet aktuell keines der lateinamerikanischen Länder unter extremem Wasserstress (dies gilt ausschließlich für Staaten in Subsahara-Afrika und im Nahen Osten), wobei Chile in der Region den höchsten Wasserstress aufweist, gefolgt von Mexiko.

Die Wasserthematik wird sich in den kommenden Jahren zu einer drängenden politischen Frage entwickeln, da wichtige wasserintensive Branchen wie das Brauwesen, Landwirtschaft und Bergbau aufgrund ihrer Mitschuld an der Trinkwasserknappheit zunehmend in der öffentlichen Kritik stehen. Dürre und Wasserstress haben die Bereitstellung von Wasser für Unternehmen bisher wenig beeinträchtigt, da in der Wirtschaft mit langfristigen Wasserversorgungsverträgen gearbeitet wird; besonders in Mexiko und Chile nimmt die Kritik jedoch zu. In Mexiko hat Präsident Andrés Manuel López Obrador bereits damit gedroht, den Brauereibetrieb im dürregeplagten Norden des Landes einzustellen, während in die neu zu schreibende Verfassung Chiles sehr wahrscheinlich Vorschriften zu knappen Wasserressourcen aufgenommen werden. In beiden Ländern – wie in der gesamten Region – ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass neue Vorschriften die künftige Entwicklung des Bergbaus und der Landwirtschaft behindern werden.

Zentrale Rolle in Energiewende

Im vergangenen Jahr hat eine Beschleunigung des ökologischen Wandels die Nachfrage nach für die globale Energiewende notwendigen Mineralien erhöht. Gleichzeitig wird der Wettlauf um zuverlässige Versorgungsquellen durch globale Lieferkettenengpässe und die Intensivierung der Rivalität zwischen den USA und China verschärft. In der Folge kommt Lateinamerika mit seinen großen Vorkommen an strategischen Mineralien wie Lithium, Kupfer, Nickel, Kobalt und seltenen Erden eine wachsende Bedeutung zu, während die Region im geopolitischen Kräftemessen weiterhin eine überwiegend neutrale Position bezieht.

„Drei Viertel der weltweiten Lithiumvorkommen befinden sich in Südamerika. Weiterhin verfügt Chile über das größte Kupfervorkommen der Welt und Brasilien über die drittgrößten Reserven an seltenen Erden. Dazu ist allerdings anzumerken, dass der Umfang der Vorkommen nicht unbedingt den Umfang der Produktion dieser Länder widerspiegelt."

Drei Viertel der weltweiten Lithiumvorkommen befinden sich in Südamerika (im sog. Lithiumdreieck Bolivien, Argentinien und Chile). Weiterhin verfügt Chile über das größte Kupfervorkommen der Welt und Brasilien über die drittgrößten Reserven an seltenen Erden (ca. 10% des globalen Gesamtvorkommens). Dazu ist allerdings anzumerken, dass der Umfang der Vorkommen nicht unbedingt dem der Produktion dieser Länder widerspiegelt. So zieht Bolivien aus seinen Lithiumreserven bisher kaum kommerziellen Nutzen, während Brasilien lediglich der sechstgrößte Produzent von seltenen Erden ist. Der Ausbau wird von mehreren großen Hindernissen blockiert; so ist das Investitionsrisiko (insb. das Enteignungsrisiko) in einigen lateinamerikanischen Ländern relativ hoch, was unter Unternehmen Bedenken hinsichtlich Vertragsrechten und der Einhaltung von Spielregeln aufwirft.

In diesem Kontext ist auch der zunehmende Rohstoffnationalismus zu erwähnen (etwa bei Lithium in Bolivien und Mexiko). Eine weitere Schwierigkeit ist die Zunahme von Protesten und Blockaden durch lokale Gemeinschaften, sowohl aus Gründen des Umweltschutzes als auch zur Sicherung der Teilhabe an den Erträgen aus lokalen Bergbautätigkeiten. Große Proteste von lokalen Gemeinschaften haben häufig die Einstellung von Projekten oder Änderungen an öffentlichen Verträgen zur Folge.

Der Widerstand ist groß

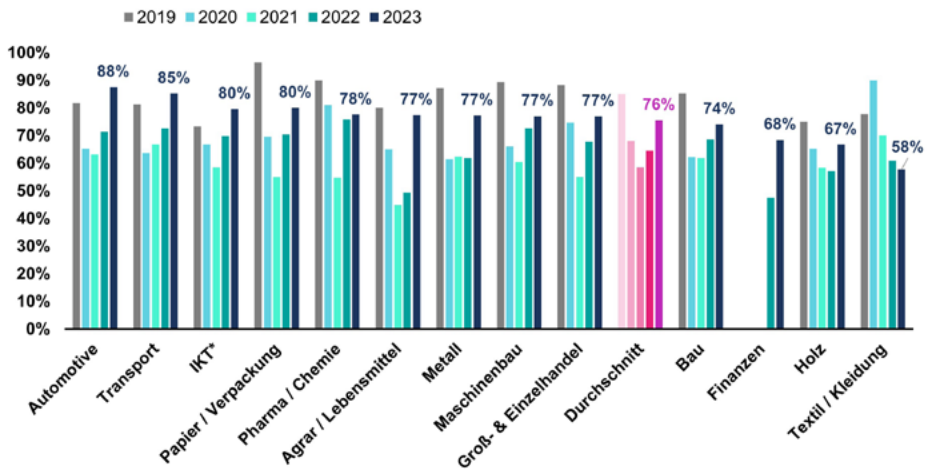
Der Widerstand lokaler Gemeinschaften gegen große Vorhaben, insb. im Öl-, Gas- und Bergbausektor, führt in Lateinamerika seit Langem zu sozialen Konflikten. In den vergangenen Jahren standen Gewinnungsvorhaben unter der konsequenten Beobachtung von Umweltaktivisten; in Panama, Argentinien und Ecuador führten Unruhen zum Stillstand von (Erweiterungs-)Projekten in der Bergbau- und Ölindustrie. Neu gewählte, linksgerichtete Regierungen in Brasilien, Chile, Peru und Kolumbien reagieren auf den Umweltdruck mit der Einführung einer strengeren Umweltpolitik. Im Allgemeinen dürften fehlende Kongressmehrheiten und die wirtschaftliche Notwendigkeit, Investitionen anzuziehen, jedoch dazu führen, dass Fortschritte bei Umweltschutzbestimmungen nur langsam vorankommen. Brasilien nimmt hier seit der Präsidentschaftswahl allerdings eine klare Sonderstellung ein, da Präsident Lula der extremen Entwaldung, die auf die Agrarindustrie zurückzuführen ist und von seinem Amtsvorgänger Bolsonaro genehmigt wurde, Einhalt gebieten dürfte.

Im Gegenzug verbessern sich die Beziehungen zur EU (der aktivsten Region im Klimaschutz). Deutschland und Norwegen haben bereits angekündigt, Gelder freizugeben, die aufgrund von umweltpolitischen Differenzen mit der Regierung Bolsonaro 2019 eingefroren wurden. Sogar das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur, das nach Umweltbedenken von Frankreich und Deutschland auf Eis gelegt worden war, könnte eine Wiederbelebung erfahren. Auf der Weltklimakonferenz COP 27 in Ägypten im November 2022 signalisierte Brasiliens Präsident Lula sein Bestreben zur Ausrichtung der COP im Jahr 2025, da sich Brasilien – und Lateinamerika insgesamt – in den kommenden Jahren stärker an der globalen Klimadebatte beteiligen möchte. ◄

Ausführliche Länderberichte finden Sie auf der Seite www.credendo.com

Zahlungsdisziplin in Deutschland lässt weiter nach

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wird das Zahlungsverhalten in diesem Jahr nicht durch Ereignisse wie die Covid-19-Pandemie oder den Beginn des Ukraine-Kriegs beeinflusst. Dies führt zu einem Normalisierungseffekt und die Zahlungserfahrungen deutscher Unternehmen nähern sich weiter dem Niveau vor Ausbruch der Pandemie, wie eine aktuelle Coface-Befragung zeigt. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Aussichten schaut ein Großteil der Befragten pessimistisch in die Zukunft.



©Coface

* Informations- und Kommunikationstechnologie

Zahlungsmoral: Anteil von Unternehmen, die länger als vereinbart auf ihr Geld warten

Schritt für Schritt in Richtung Vorkrisenniveau: Im Jahr 2023 räumen 79% der befragten Unternehmen ihren Kunden ein Zahlungsziel, also einen Lieferantenkredit, ein. Dieser Wert liegt 8 Prozentpunkte über dem Vorjahr und ist vergleichbar mit 2019, als 81% Zahlungsziele anboten. Auf den ersten Blick deutet diese Entwicklung auf eine Entspannung hin. Allerdings versuchen die Unternehmen, die Zahlungsfristen anbieten, immer früher an ihr Geld zu kommen. Denn mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen fordert ihr Geld innerhalb von 30 Tagen, die durchschnittliche Lieferantenkreditlaufzeit erreicht mit 32 Tagen den niedrigsten Stand seit 2017. Mit 20 Tagen (–4 Tage gegenüber 2022) bittet das Baugewerbe im vierten Jahr in Folge am frühesten zur Kasse, während der Automobilsektor mit 47 Tagen (+5 Tage) am großzügigsten agiert.

Weiter verschlechtert hat sich 2023 die Zahlungsmoral von Kunden deutscher Firmen. Bereits im vergangenen Jahr war der Anteil von Unternehmen, die länger als vereinbart auf ihr Geld warteten, von 59% (2021) auf 65% angestiegen. In der aktuellen Befragung geben nun 76% (+11 Prozentpunkte) an, in den vergangenen zwölf Monaten betroffen gewesen zu sein (vgl. oben stehende Grafik).

Die Daten zum Zahlungsverzug zeigen, wie sehr staatliche Unterstützungsmaßnahmen den Unternehmen in den vergangenen Jahren geholfen haben. Jetzt, da fast alle Covid-19-bezogenen Unterstützungsmaßnahmen ausgelaufen und die Auswirkungen der Energiesubventionen abgeflacht sind, haben wir in puncto Zahlungsverzögerungen wieder annähernd Vorkrisenniveau erreicht. Denn: In den Befragungen vor Ausbruch der Pandemie berichteten durchschnittlich 82% der befragten Unternehmen von verspäteten Zahlungen. Am häufigsten betroffen sind 2023 Firmen in der Automobil- (88%) und Transportbranche (85%). Im Gegensatz dazu weist die Textil- und Bekleidungsbranche mit 58% den niedrigsten Anteil an Unternehmen auf, die länger auf ihr Geld warten müssen – 2020 war diese Branche noch „Spitzenreiter" in dieser Hinsicht.

Die durchschnittliche Dauer von Zahlungsverzögerungen steigt von 29 auf 30 Tage im Jahr 2023. Dieser Wert ist historisch betrachtet niedrig, denn der durchschnittliche Zahlungsverzug vor der Pandemie lag bei rund zehn Tagen mehr. Die meisten Wirtschaftszweige – mit Ausnahme vom Holz-, Bau- und Textilgewerbe – melden einen Anstieg der Dauer des durchschnittlichen Zahlungsverzugs. Mit einem Durchschnitt von 22 Tagen berichten die Unternehmen des Papier- und Verpackungssektors nach wie vor von der kürzesten Wartezeit, während Unternehmen der Finanzbranche sich mit einer durchschnittlichen Wartezeit von 39 Tagen am längsten gedulden müssen.

Obwohl die Zahlungsmoral auch nach dieser Verschlechterung verhältnismäßig gut ist, sind deutsche Unternehmen hin-

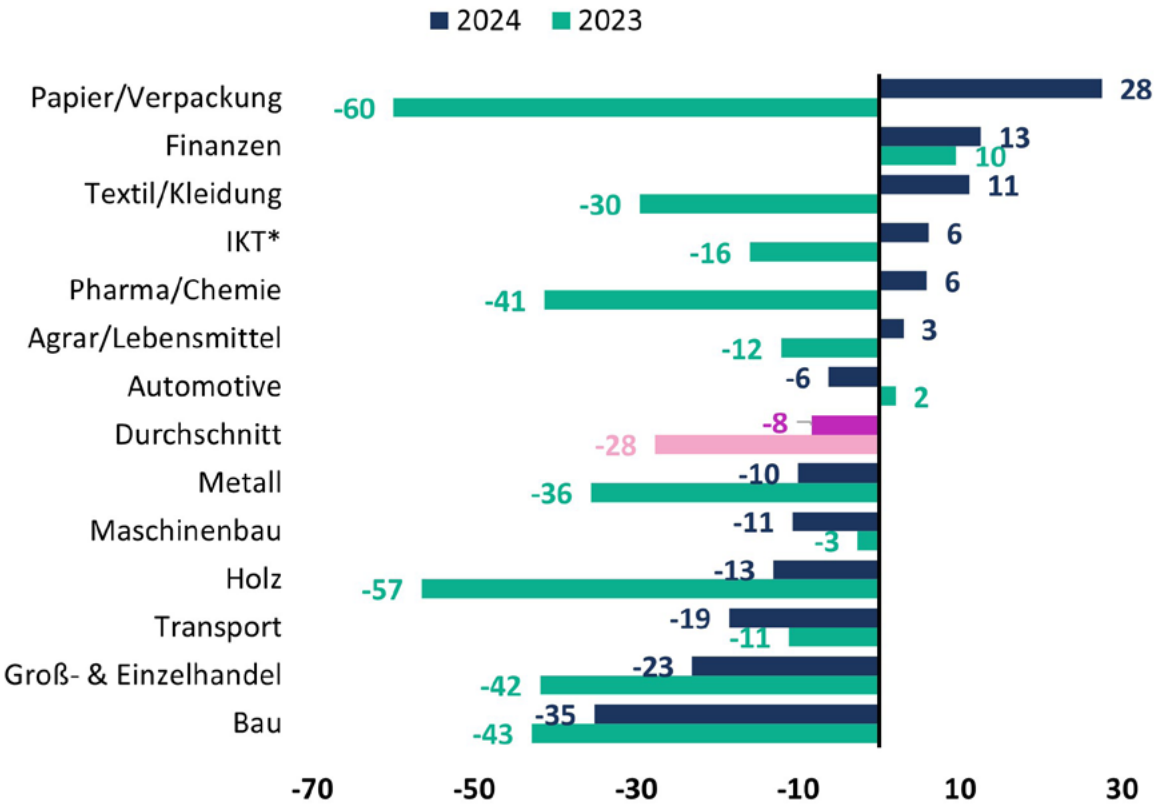
Christiane von Berg
Volkswirtin für BeNeLux & DACH, Coface

christiane.von-berg@coface.com
www.coface.de

sichtlich ihrer Geschäftsaussichten sehr pessimistisch. Die Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage ist in diesem Jahr besonders negativ, da nur 13% der Umfrageteilnehmenden der Meinung sind, dass ihre Lage besser ist als 2022, während 41% sie schlechter einschätzen – unterm Strich eine Bilanz von –28 Saldenpunkten.

Trübe Aussichten für 2024

Auch die Aussichten für 2024 sind trüb: Denn nur 20% der Befragten erwarten eine Erholung ihres Unternehmens, während 28% sich auf schlechtere Aussichten einstellen (–8 Sp.). Die Ergebnisse der einzelnen Branchen unterscheiden sich von der Gesamteinschätzung aller Teilnehmenden. Immerhin 6 der 13 Branchen blicken 2024 in eine etwas bessere Zukunft (vgl. unten stehende Grafik). Die Papier- und Verpackungsindustrie sticht mit +28 Saldenpunkten hervor. Dies könnte auf die Stabilisierung der europäischen Energiepreise auf einem niedrigeren Niveau als 2022 zurückzuführen sein, wodurch die Produktionskosten im Jahr 2024 deutlich sinken dürften. Umgekehrt blicken Firmen im Baugewerbe (–35 Sp.) und dem Einzel- und Großhandel (–23 Sp.) nach wie vor pessimistisch in die Zukunft.



©Coface

* Informations- und Kommunikationstechnologie

Wie ist die aktuelle Geschäftslage für das Jahr 2023 und wie sind die Geschäftsaussichten für Ihr Unternehmen für 2024 im Vergleich zum Vorjahr? (Angabe in Saldenpunkten)

Obwohl die Auswirkungen einzelner großer Risiken, wie z.B. Unterbrechungen der globalen Lieferketten, abgenommen haben, nimmt die Zahl der Risiken, die gleichzeitig auf die Unternehmen einwirken, zu. In diesem Zusammenhang ist Deutschland als bevorzugter Wirtschaftsstandort im Vergleich zu 2022 in der Umfrage weniger gefragt, während die Vereinigten Staaten und Osteuropa beliebter geworden sind. Auch China hat leicht an Attraktivität gewonnen, bleibt aber im historischen Vergleich auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies ist auch das Ergebnis der De-Risking-Strategien deutscher Unternehmen, die versuchen, ihre geschäftliche Abhängigkeit von einzelnen Ländern, Lieferanten oder Kunden zu verringern. In diesem Jahr haben sich bereits 12% der teilnehmenden Unternehmen für De-Risking entschieden, wobei die Textil- und Bekleidungsindustrie am stärksten engagiert ist. Für die nächsten drei Jahre erwarten 25% aller deutschen Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, dass sie eine De-Risking-Strategie für ihr Geschäft anwenden oder von der Politik dazu gedrängt werden.

Über die Umfrage

Die siebte Auflage der Coface-Studie zu Zahlungserfahrungen von Unternehmen in Deutschland wurde im Juli und August 2023 durchgeführt. 1.075 Unternehmen aus mehr als 13 breit gefächerten Branchen nahmen an der Befragung teil.

Die gesamte Studie mit allen Details und weiteren Grafiken steht HIER zum Download zur Verfügung.

Argentinien wählt und strauchelt wirtschaftlich

Am 13. August fanden in Argentinien Vorwahlen statt. Diese werden oft als Generalprobe für die (in diesem Jahr am 22. Oktober angesetzten) nationalen Präsidentschaftswahlen bezeichnet und sind als Gradmesser für die Beliebtheit eines Präsidentschaftskandidaten aussagekräftiger als Umfragen. Argentinien hat derweil mit großen Wirtschafts- und Währungsproblemen zu kämpfen.

Jürgen Schnorrenberger
Account Manager, Credendo

j.schnorrenberger@credendo.com
www.credendo.com

Der vom extremen rechten Rand stammende Außenseiterkandidat Javier Milei erhielt bei den Vorwahlen die Mehrheit der Stimmen. Die Oppositionskandidatin Patricia Bullrich, eine konservative Hardlinerin, kam auf den zweiten Platz. Dieses Ergebnis, in Kombination mit den extremen Äußerungen Mileis, der auch als Donald Trump Argentiniens bezeichnet wird und im Wahlkampf gefordert hatte, die Zentralbank wegen Misswirtschaft niederzubrennen, hat auf den Finanzmärkten einen Ausverkauf des argentinischen Peso und argentinischer Anleihen ausgelöst.

Um die nervösen Finanzmärkte zu beruhigen, wertete die argentinische Zentralbank ihre offizielle Währung unter gewaltigem Druck um nahezu 20% ab, wobei der Wechselkurs immer noch bei weniger als der Hälfte des inoffiziellen Parallelmarktkurses liegt und weiter ansteigt. Die Zentralbank hat außerdem die Kontrollen für den Zugang zum populären parallelen Währungsmarkt verschärft. Der Druck auf die Währung bleibt jedoch hoch und eine weitere Abwertung oder ein unkontrolliertes Floating des Wechselkurses ist möglich, auch wenn die derzeitige Regierungskoalition Frente de Todos (FdT) versuchen wird, eine „Maxi-Abwertung" abzuwenden, und weiterhin auf unorthodoxe makroökonomische Maßnahmen setzen dürfte.

Mileis Sieg in den Vorwahlen bedeutet nicht, dass er auch bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober die Mehrheit der Stimmen erhält. Das Ergebnis ist noch völlig offen und eine Stichwahl im November zwischen Milei und Bullrich ist nicht ausgeschlossen. In den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen kann sich in der politischen Landschaft Argentiniens noch vieles tun. Außerdem könnte ein Sieg Mileis als Protestwahl gegen die aktuelle wirtschaftliche Misere gewertet werden. Argentinien dürfte bis Ende dieses Jahres auf eine Rezession von 2% zusteuern, während die jährliche Inflation bei ausgesprochen hohen 113% liegt (Ende Juli 2023) und von der jüngsten Abwertung in den kommenden Monaten noch weiter in die Höhe getrieben werden dürfte.

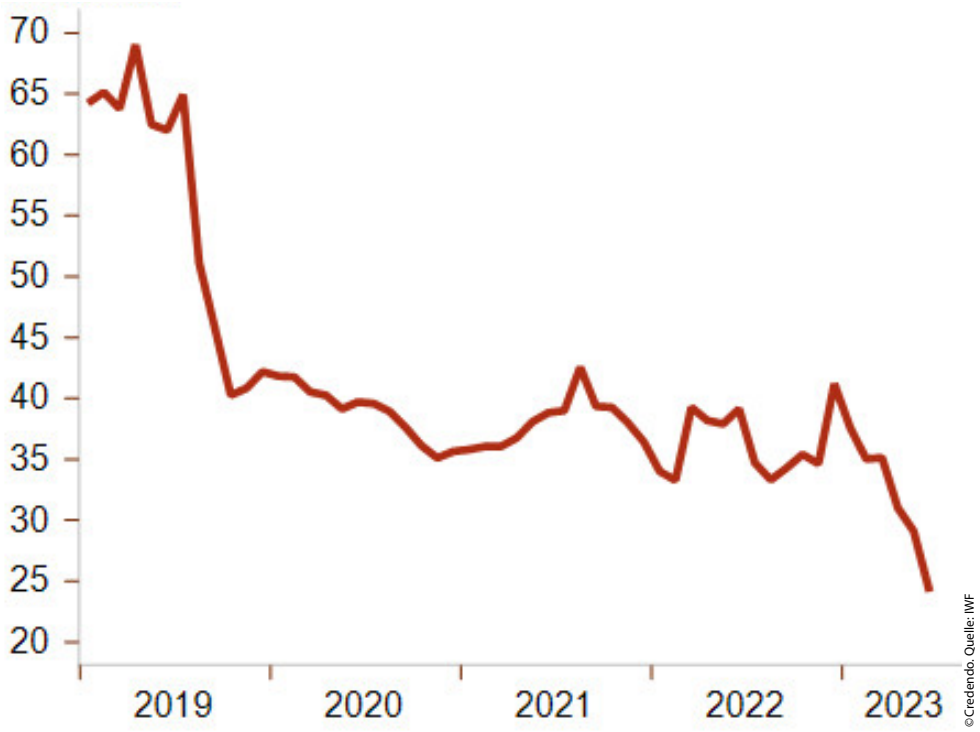
Schlimmste Dürre seit 60 Jahren

Das Festhalten Argentiniens an der Anbindung seiner überbewerteten Währung führt darüber hinaus zu einer äußerst angespannten Liquiditätslage, während die schlimmste Dürre in sechs Jahrzehnten die Leistungsbilanzeinnahmen stark

© Carol Smiljan/Shutterstock

Sie unterlag ihrem ärgsten Herausforderer bei den Vorwahlen, hat aber dennoch aussichtsreiche Chancen, neue Präsidentin des wirtschaftlich abgehängten Argentinien zu werden: Patricia Bullrich.

beeinträchtigt hat. Nahrungsmittel sind seit jeher eine wichtige Einnahmequelle und machten in den vergangenen Jahren ca. die Hälfte aller Leistungsbilanzeinnahmen aus. Obwohl die Währungsbindung unhaltbar ist, ist nicht damit zu rechnen, dass die aktuelle unorthodoxe und populistische Regierung den Wechselkurs vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober freigibt, da dies die Inflation verschärfen und die Unruhe anfachen würde. Vielmehr dürfte sie in den kommenden Monaten auf unorthodoxe Maßnahmen wie eine Verknappung der Devisen oder die weitere Vertiefung der Kapitalverkehrs- und Währungskontrollen zur Sicherung der Bruttodevisenreserven (vgl. Grafik unten) zurückgreifen.



Entwicklung der argentinischen Bruttodevisenreserven (in Mrd USD)

Vom Finanzmarkt ausgeschlossen

Die Devisenreserven haben seit Ende 2022 bereits nahezu die Hälfte ihres Wertes verloren und sind auf dem niedrigsten Stand seit über acht Jahren (ca. drei abgedeckte Monatsimporte im Juni 2023). Die Regierung sucht nach zusätzlichen Möglichkeiten der Liquiditätsbeschaffung, da Argentinien von den Finanzmärkten ausgeschlossen ist. Das Land hatte z.B. vergeblich versucht, seine IWF-Auszahlungen auf Ende Juni vorzuziehen.

Im Juli kündigten die Regierung und der Internationale Währungsfonds jedoch eine Vereinbarung auf Arbeitsebene an, die am 23. August vom IWF-Exekutivdirektorium genehmigt wurde und den Zugang zu Hilfszahlungen freigab. Diese werden jedoch hauptsächlich für die Tilgung eines früheren IWF-Kredits in Höhe von 58 Mrd USD verwendet. Die Regierung verhandelt auch über Handelsfinanzierungen mit Brasilien, Katar, Russland und Indien.

Im Rahmen eines Währungsswap-Abkommens in Höhe von ca. 19 Mrd USD stellt China bereits unverzichtbare Finanzierungsmittel bereit (die in den Bruttowährungsreserven bereits mit eingerechnet sind). Die argentinische Regierung hat diesen Währungsswap aktiviert, der theoretisch die Verfügbarkeit von Renminbi erhöht, tatsächlich aber den Import chinesischer Güter beschleunigen soll. Folglich dürften chinesische Exporteure die einzigen sein, die von der höheren Verfügbarkeit von Renminbi profitieren, da der Währungsswap ein Mittel zur Förderung des Handels zwischen China und Argentinien darstellt. Darüber hinaus wird dieser Währungsswap die Devisenreserven reduzieren und die Liquiditätslage weiter verschärfen.

Allerdings gibt es auch einen gewissen Hoffnungsschimmer. Für den nächsten Sommer (Oktober bis Mai) wird eine reichliche Ernte erwartet, da El Niño nächstes Jahr für mehr Niederschlag sorgen dürfte. Auch die steigende Nachfrage nach Lithium für den ökologischen Wandel könnte die Wirtschaft anregen (Argentinien liegt im sog. Lithiumdreieck). Jüngste Investitionen in das zweitgrößte Schiefergasfeld der Welt könnten ebenfalls die Energieexporte ankurbeln. Gleichzeitig bleibt abzuwarten, ob es dem Land gelingt, das nächste Jahr ohne eine dramatische Wirtschaftskrise und/oder ein Scheitern des IWF-Programms zu durchstehen.

Schärfere Kapitalverkehrskontrollen?

Angesichts der schwindenden Devisenreserven und der Bereitschaft, an der Anbindung der überbewerteten Währungfestzuhalten, kann in den kommenden Monaten mit schärferen Kapitalverkehrskontrollen oder einer Verknappung der Devisen gerechnet werden. In diesem Gesamtkontext wird das mittel- bis langfristige politische Risiko Argentiniens weiterhin in Kategorie 7/7 eingestuft. Der Ausblick für das kurzfristige politische Risiko (Kategorie 6/7) bleibt negativ. ◄

Die neue Welt der Export-Experten

Rund 300 Gäste bekamen beim diesjährigen „Tag der Exportweltmeister" einen bunten Strauß an Themen dargeboten. Dabei standen die Chancen der Digitalisierung und der Nachhaltigkeit im Fokus. Auch aufstrebende Volkswirtschaften wie Indien oder Indonesien wurden unter die Lupe genommen. Bei alledem kam natürlich das Netzwerken nicht zu kurz.

© Lisa Wick/MWM Medien

Ein Hoch auf eine nachhaltige Podiumsdiskussion: Beim „Tag der Exportweltmeister" gab es viel Austausch.

Cool' ist das iPhone unter den deutschen Wörtern. Es ist wunderschön, weltumspannend und extrem bedienerfreundlich", sagte Martin Brückner zur Begrüßung auf dem diesjährigen „Tag der Exportweltmeister" im Deutsche Bank Park. Doch Digitalisierung und Nachhaltigkeit machen „cool" als Überworte zumindest im Wirtschaftsleben immer mehr Konkurrenz. „Nachhaltigkeit", erklärte KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib in ihrer kurzweiligen Keynote, „ist in der Welt angekommen." Und: Deutschland sei bei Umwelt- und Klimaschutzgütern in einer guten Ausgangsposition. „Wir sind bei den grünen Technologien weltweit zweitgrößter Exporteur hinter China." Köhler-Geib nannte in diesem Zuge etwa die Batterietechnik, alternative Solarzellen und Recycling. Grüne Leitmärkte wie die effiziente Gewinnung von Energie und Rohstoffen würden bis 2038 enorm wachsen.

Natürlich war der KfW-Chefvolkswirtin die aktuelle Stimmung in der Wirtschaft bewusst. Das zeigen auch die Zahlen aus ihrem Haus. „Die Exporterwartungen sind im historischen Vergleich besonders schlecht." Die Stimmung sei ähnlich frostig wie im Oktober 2022, aber noch deutlich besser als zu Zeiten der Finanzkrise. Dabei sei die gesamtwirtschaftliche Lage besser als die Stimmung. Was Köhler-Geib zuversichtlich stimmte: „Die mittelständischen Unternehmen schätzen ihre Wettbewerbsposition relativ positiv ein."

Die Chance des Jahrhunderts

Auch Hauke Burkhardt verbreitete in seinem Impulsvortrag im VIP-Bereich der Frankfurter Eintracht viel Optimismus. „Die Transformation ist für Deutschland die Chance dieses Jahrhunderts", erklärte der Deutsche-Bank-Experte. „Doch wir müssen hierfür massiv investieren, ungefähr 100 Mrd EUR jährlich. Aktuell ist es nur etwa die Hälfte." Als entscheidende Zukunftsbranchen nannte Burkhardt die IT, industrielle Landwirtschaft, Energie und Gesundheit. „Das", unterstrich der Finanzierungsfachmann, „sind alles Felder, in denen wir Stärken haben. Wenn die richtigen Stellhebel betätigt werden, kann Deutschland erheblich an den großen Chancen der Transformation partizipieren."

GTAI-Geschäftsführer Dr. Robert Hermann betonte in der anschließenden Podiumsdiskussion, dass ausländische Investoren Deutschland noch am ehesten zutrauten, Probleme wie den Fachkräftemangel im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu lösen. „Wir können überraschen. Intel baut nicht nur wegen der Förderung seine Fabrik bei uns, sondern auch wegen der guten Rahmenbedingungen", sagte

Jörg Rieger
Redaktion ExportManager

redaktion@exportmanager-online.de
www.exportmanager-online.de

Hermann und sprach sich gegen eine vollständige Abkehr von China aus. „Das erfolgreiche Geschäft in der Volksrepublik kann eigentlich nicht zur Diskussion stehen. Das lassen sich die Unternehmen auch gar nicht vorschreiben." Doch das Ziel müsse sein, weniger abhängig von einem Land zu werden. „Insofern ist es gut, dass viele Unternehmen schon auf anderen Märkten tätig sind."

Wachstumsmarkt Indien

Später unterstrich der GTAI-Geschäftsführer in einem eigenen Impulsvortrag zum großen Wachstumsmarkt Indien: „Das Land ist wahnsinnig vielfältig – und seit diesem Sommer der bevölkerungsreichste Staat auf der Welt." Die meisten Menschen dort seien jung, digitalaffin und konsumhungrig. Doch will das Geschäft in Indien, das zeigten auch die Aussagen von anwesenden Unternehmensvertretern auf dem „Tag der Exportweltmeister", nicht so recht in Fahrt kommen. Dazu sagte GTAI-Geschäftsführer Hermann: „In Indien wartet keiner darauf, dass Deutschland oder jemand anderes kommt. Das Land ist sehr selbstbewusst und sieht sich längst als großen Player an." So müsse man selbst aktiv werden. „Unternehmen wie Infineon, NXP oder Merck braucht man nicht zu erzählen, wie wichtig Indien ist. Sie sind längst dort."

Vor Ort war bis vor Kurzem auch Deutsche-Bank-Firmenkundenbetreuer Thomas Kaczorowski. „Indien ist ein sehr offenes, aufgeschlossenes Land und die größte Demokratie der Welt." Gleichzeitig habe dort das Siegel „Made in Germany" einen hohen Stellenwert. Güter aus den Bereichen Maschinenbau oder Messtechnik seien sehr nachgefragt, so Kaczorowski. Doch wer etwas für Indien herstellt, sollte es auch vor Ort produzieren. „Metallverarbeitende Betriebe finden eher im Westen gute Bedingungen vor, die IT ist hingegen weiter im Süden sehr stark." In manchen Regionen seien dort neun von zehn Beschäftigten im IT-Sektor tätig. „Eine absolute Boombranche ist auch die Bauwirtschaft", sagte der Deutsche-Bank-Vertreter. „Sie wächst stark und hat mittlerweile einen Anteil von fast 10% am BIP."

Doch zur Strategie China+1 gehören noch viel mehr Volkswirtschaften aus Asien. So berichtete Syed Naushad Zaman, Leiter der Deutsche-Bank-Repräsentanz in Dhaka, live aus Bangladesch. Das Land habe doppelt so viele Einwohner wie Deutschland und eine gute Bevölkerungsstruktur. Längst hat der südasiatische Staat mehr zu bieten als nur Landwirtschaft und Bekleidung. So legt z.B. die Kfz- und Zulieferindustrie immer weiter zu. Eine Wachstumsregion sind außerdem die zehn Nationen des südostasiatischen Staatenbundes. Doch so spannend Märkte wie Vietnam, Indonesien oder Thailand auch sind: Beim „Tag der Exportweltmeister" in Frankfurt wurde auch deutlich, wie fragmentiert diese Volkswirtschaften noch sind, z.B. bei den Zollregularien. Santander-Experte Uwe Erbs widmete sich in gewohnter Manier den lateinamerikanischen Ländern, allen voran Argentinien und Brasilien.

© Lisa Wick/MWM Medien

Netzwerken mit Ausblick: Das Stadion des Fußball-Bundesligisten Eintracht Frankfurt bot einen tollen Rahmen.

Nachhaltigkeit als Chance

Auf dem „Tag der Exportweltmeister" wurden aber nicht nur einzelne Länder und ihre Besonderheiten ins Visier genommen, sondern auch Themen, allen voran: Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Um Letztere ging es u.a. in einer Paneldiskussion am Mittag mit GvW-Rechtsanwalt Hartmut Henninger, der sich auch noch in einem eigenen Vortrag dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz widmete, Professor Matthias Paul von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Meriem Tazir von den Nachhaltigkeitsexperten von e-hoch-3 und Götz Meyer von der Triton Beratungsgesellschaft. Sie alle zeigten Wege auf, wie die Nachhaltigkeit nicht nur Risiko sein kann, sondern auch Chance. „Es gibt zwei Aspekte: Sie investieren in nachhaltige Unternehmen oder Sie treiben die Nachhaltigkeit von Unternehmen voran, in dem Sie gemeinsame Strategien entwickeln, etwa in der Abfallvermeidung," sagte Meyer.

Es gebe in Deutschland schon viele Studiengänge zur Nachhaltigkeit, berichtete Paul. „Eine spannende Frage ist z.B., ob man durch Nachhaltigkeit Innovation schaffen kann." Überall seien Märkte, die nach nachhaltigen Technologien schreien würden, ergänzte Tazir. „Das geht von der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien über die Datenverwaltung und Managementsysteme bis hin zu Smart Agriculture in der Landwirtschaft. Die Märkte für Nachhaltigkeit sind sehr groß, wenn man das frühzeitig in den Innovationsprozess einbezieht." Triton-Partner Meyer unterstrich noch einen weiteren Aspekt: „Mit der Installation von digitalen Tools hat man die Predictive Maintenance, die vorausschauende Wartung, viel besser unter Kontrolle und kann so das Service-Geschäft erheblich fördern. Ein weiterer positiver Aspekt ist, dass korrekt gewartete Maschinen weniger Energie verbrauchen."

Erstmals fand auf dem „Tag der Exportweltmeister" ein Wissensforum statt. Dort präsentierten fünf ausgewiesene Experten nacheinander Themen rund um Umgehungsgeschäfte, Hermesdeckungen, Investmentgarantien, Tarifierung, Präferenzkalkulation oder Incoterms.

Während sich Vitalii Ostapchuk, Senior Project and Business Development Manager bei der Schneider Group, am Nachmittag den Möglichkeiten rund um den Wiederaufbau in der Ukraine widmete, drehte sich parallel einiges um digitale Tools – nicht zuletzt, um die Nachhaltigkeit zu adressieren.

Bosch-Vertreter Steve Oliver Schindler-Le Huray stellte die Industrie-4.0-Plattform Catena x vor, Co-Gastgeber Brückner selbst die hauseigene Rohstoffplattform Matflixx. Ein weiteres Forum widmete sich der Digitalisierung im Avalgeschäft. Avale sind ein wichtiges Instrument, um Forderungen aus Handelsgeschäften weltweit abzusichern. Doreen Lenk, Head of Group Treasury bei den Abwasserspezialisten von der Aqseptence Group, und Manuel Schlachter, Leiter Treasury Controlling beim Robotikriesen Kuka, berichteten über ihre positiven Erfahrungen mit den Lösungen des Fintechs Digital Vault Services (DVS).

Join me? Lass uns lieber treffen

Den Abschluss des Events im Deutsche Bank Park bildete neben dem Cometogether und dem Torwandschießen das Panel: „Join me? Lass uns lieber treffen!" Dabei berichteten die Journalistin und Moderatorin Anne-Catherine Beck, Matthias Fritton, einst Redenschreiber von Bundeskanzler Helmut Kohl, und Sebastian Schäfer, Geschäftsführer des Frankfurter Tech Quartiers, aus ihrem Arbeitsalltag. „Ich glaube", sagte Digitale Native Schäfer, „dass die Produktivität leidet, wenn man nur noch im Homeoffice arbeitet. Es gibt gute Gründe, um regelmäßig zusammenzukommen."

Anzeige

Die Achillesferse im Außenhandel

Der Außenhandel hat Deutschland stark und wohlhabend gemacht. Doch der Import von Energie und metallischen Rohstoffen ist auch die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft. Deutschland braucht dringend eine neue Strategie, um den Zugriff auf die beiden Input-Faktoren zu sichern. Der Artikel basiert auf einem aktuellen Whitepaper der Deutschen Bank mit dem Titel „Energie- und Rohstoffsicherheit in Einklang bringen". Die Analyse enthält zahlreiche weitere Informationen und ist HIER abrufbar.

Hauke Burkhardt
Head of Trade Finance & Lending DACH und Global Co-Head of Lending
Deutsche Bank AG

hauke.burkhardt@db.com
www.deutsche-bank.de/ub

Deutschland lebt von seinem Export – und hängt doch auch stark vom Import ab: Eine stabile Energie- und Rohstoffversorgung zu erträglichen Preisen ist eine zentrale Voraussetzung für unsere Wertschöpfung. Und hier sind wir verwundbar, wie uns die aktuellen geopolitischen Verwerfungen vor Augen geführt haben. Die Volatilität und das grundsätzlich hohe Niveau der Energiepreise bedeuten einen Wettbewerbsnachteil, der in Kombination mit der Abhängigkeit von einigen wenigen Rohstofflieferanten die Transformation der deutschen Wirtschaft behindert. Wenn die hiesige Industrie den Weg der nachhaltigen und digitalen Transformation nicht rechtzeitig beschreiten kann, könnte eine Deindustrialisierung die Folge sein.

© pryzmat/Shutterstock

Die EU will künftig mindestens 15% ihres jährlichen Rohstoffverbrauchs mit Recycling decken.

Problem erkannt – aber wie kann eine Lösung aussehen? Deutschland braucht eine neue Energie- und Rohstoffstrategie. Die Logik des aktuellen Systems globaler Lieferketten beruht hauptsächlich auf Kostenüberlegungen: Der Lieferant mit dem günstigsten Preis bei definierter Qualität bekommt den Zuschlag. Dies führte im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zu einer Konzentration von Länderrisiken. Künftig müssen die Aspekte Sicherheit und Verfügbarkeit stärker berücksichtigt werden.

Ansätze gibt es auf EU-Ebene bereits: Die Europäische Kommission plant eine Lieferobergrenze für den Bezug strategischer Rohstoffe von 65% des Jahresverbrauchs der EU aus einem einzigen Drittland. Außerdem sollen mindestens 15% des jährlichen Verbrauchs aus Recycling gedeckt werden. Zwei weitere Wege reduzieren die Abhängigkeit: Wir brauchen internationale Handelspartnerschaften und müssen die Förderung unterstützen. In Brasilien und Vietnam gibt es ähnlich viel Seltene Erden wie in China, doch werden dort nur 1,5% der chinesischen Produktion gefördert. Wir können außerdem viele Rohstoffe in Europa selbst fördern. Das ist teurer, technisch herausfordernd und gesellschaftlich aktuell kaum akzeptiert, wird aber notwendig sein. Wir müssen darüber hinaus auch Kapazitäten in der Rohstoffverarbeitung und ein strategisches Sicherungssystem für kurzfristige Störungen aufbauen.

In der Energiediskussion sollten wir die gesamte Primärenergiebeschaffung ins Auge fassen. Der Löwenanteil entfällt auf den Wärmemarkt, für den wir aktuell hauptsächlich Erdgas und Mineralöl einsetzen, die beide fast vollständig aus dem Ausland stammen. Neben dem Aufbau einer erneuerbaren Energiewirtschaft gilt es, eine größere Diversifizierung durch Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnerländern sicherzustellen.

Aber nicht nur die Energieverfügbarkeit, sondern auch langfristig stabile Preise sind von zentraler Bedeutung, damit wir die verarbeitende Industrie nicht zwingen, ihre Produktion oder Verarbeitung zu verlagern. Dafür müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung regionaler Vorteile beschleunigen, Innovationen in der Speichertechnologie fördern und die Interkonnektivität der europäischen Netzinfrastruktur erhöhen.

Auch der Staat ist gefragt

Der Umbau wird nicht dogmatisch, sondern nur mit Kompromissen möglich sein. Im energiepolitischen Zieldreieck führt die Bevorzugung einer der Prioritäten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit nicht immer, aber häufig zu Zielkonflikten mit den anderen beiden Aspekten.

© Deutsche Bank

Die Ziele des energiepolitischen Zieldreiecks stehen teilweise konträr zueinander.

Für die Umsetzung der neuen Strategie ist viel Austausch notwendig. Politik, Wirtschaftsakteure, die Gesellschaft, aber auch die Wissenschaft und die Finanzindustrie müssen in einem transparenten Dialog den bestmöglichen Ansatz ausarbeiten. Das wird nicht ohne Konflikte ablaufen. Aber alle haben Interesse am Zugang zu energetischen und metallischen Rohstoffen, denn diese bilden nicht nur die Grundlage unseres Wohlstands. Sie tragen auch zu unserer Sicherheit bei und sind das Fundament einer nachhaltigen Transformation.

Eine wichtige Rolle wird dem Staat zukommen. Zwar sollte er die Ressourcenverteilung und die Preise weitestgehend dem Markt überlassen, um den Wettbewerb und damit Innovation und Effizienz zu fördern. Aber er muss investieren, um die Entwicklung neuer Technologien und Industrien zu fördern und neben vereinfachten Genehmigungsverfahren über Risikobeteiligungen mehr privates Kapital zu mobilisieren. Vor allem aber ist es die Aufgabe des Staates, internationale Handelspartnerschaften zu vereinbaren. Denn eins ist klar: Bei allem Streben nach Unabhängigkeit kann nur ein funktionierender Außenhandel unseren Wohlstand bewahren und Nachhaltigkeit fördern.

Anzeige

ExportManager
Ausgewählte Informationen für Exportverantwortliche

OstContact
Das Außenwirtschaftsmagazin

2für1 / 3für2
2/3 Anzeigen bekommen 1/2 bezahlen
z.B. 3 x 1/2 Seite für EUR 3.300.-

Stellenmarkt in OstInsider daily Newsletter
3-Zeiler für 189,-€

Native Advertorials
½-Preis der Anzeige

Directory
für kleines Geld groß werben

1. Grundeintrag (max. 8 Zeilen)	105 €
2. Premiumeintrag mit Hervorhebung (Rahmen / max. 8 Zeilen)	175 €
3. Premiumeintrag mit Firmenlogo (max. 8 Zeilen)	345 €
4. Premiumeintrag mit Firmenlogo & Kurzprofi I (max. 20 Zeilen)	480 €

OstContact informiert über die wichtigsten und dynamischsten Märkte Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens – und das bereits seit 65 Jahren!

OstContact bietet Branchenberichte, Interviews mit Managern und Politikern, Marktanalysen, sowie Fach-News aus den Bereichen Logistik, Energie, Umwelt und Personal. Zahlreiche Partner wie die deutschen Auslandshandelskammern (AHK), Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft etc. unterstützen das Magazin bei Inhalten und Vertrieb.

Sonderverteilung:
- Außenwirtschaftstag NRW, Düsseldorf
- Tag der Exportweltmeister,Frankfurt
- Deutscher Logistik-Kongress, Berlin

Ihr Kontakt
Marcus Rohrbacher
Telefon: +49 (0)821-24280-26
Mobil: +49 (0)173 7340316
E-Mail: marcus.rohrbacher@mwm-medien.de

mwm
Märkte Weltweit Medien

Eine Welt ohne Bargeld

In Schweden bald Realität, in Deutschland weiter undenkbar: das Ende des Bargelds. Für die einen wäre das praktisch, für andere ein Albtraum. Könnten auch die Deutschen die Lust am Baren verlieren?

Boris Karkowski, Autor „results. FinanzWissen für Unternehmen". Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Bank. Den dazugehörigen Link finden Sie HIER

Kontanter är kung" gilt in Schweden schon lange nicht mehr. Auch in China ist Cash nicht mehr King. Selbst auf dem Wochenmarkt wird per Handy digital bezahlt. Und in Großbritannien, keinesfalls Hochburg des bargeldlosen Zahlens, bitten Straßenmusiker schon einmal um eine bargeldlose Spende. In Deutschland gilt hingegen weiterhin: nur Bares ist Wahres. Nur in Zypern halten noch mehr Menschen Barzahlungen für „sehr wichtig", fand die Europäische Zentralbank (EZB) heraus. Im Einzelhandel werden weiterhin neun von zehn Transaktionen bar bezahlt. Und daran dürfte sich so rasch nichts ändern.

Doch Scheine und Münzen sind bedroht, und das weckt Ängste bei vielen Deutschen. So wurde das Sanktionsdurchsetzungsgesetz II, das zum Jahresanfang in Kraft trat, von manchem als erster Schritt zur Abschaffung des Bargelds gewertet. Es verbietet allerdings lediglich die Barzahlung beim Kauf von Immobilien, Grundstücken, Häusern und Wohnungen.

© Christian L Sweden/Shutterstock

Über Bankautomaten kommen die meisten an Bargeld. Nicht nur in Schweden wird es immer seltener geholt.

Die Ambitionen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser gehen aber weiter: Sie hält eine Bargeldobergrenze für fünfstellige Euro-Beträge für wünschenswert.

Auf dem Rückzug

Tatsächlich haben mehrere europäische Staaten schon vor Jahren sehr rigide Bargeldobergrenzen eingeführt. In Griechenland gibt es seit 2016 ein Limit von 500 EUR für Privatgeschäfte. In Frankreich liegt es seit 2015 bei 1.000 EUR. Staaten dürfen allerdings nicht einfach Bargeldobergrenzen einziehen. Es gilt Art. 128 im EU-Vertrag: Die von der EZB und den nationalen Notenbanken ausgegebenen Banknoten sind das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im Euro-Raum. Zwar sind Beschränkungen seit 1998 möglich, allerdings nach Empfehlung der EU-Kommission nur in Ausnahmefällen und nach Konsultation mit der EZB.

Sorge vor digitalem Geld

Eine grundsätzliche Abschaffung des Bargelds von Staats wegen ist für Deutschland nicht so rasch zu erwarten. Doch während der Corona-Zeit hat auch hierzulande die digitale Bezahlung zugenommen. Was, wenn wie in Schweden oder China Digitalgeld immer beliebter wird und daher Händler und Gastronomen aus Kosten- oder Komfortgründen die Möglichkeit, mit Bargeld zu zahlen, zurückfahren? Der Ein-

zelhandelsverband hat errechnet, dass bargeldlose Zahlungen durchschnittlich nur 27 statt 45 Sekunden benötigen. Außerdem gibt es weniger Abrechnungsfehler, Geld kann nicht einfach gestohlen werden, und die Kosten für Verarbeitung und Aufbewahrung entfallen weitgehend. „Digitale Zahlvorgänge sind kaum mit Aufwand für den Kunden verbunden", sagt Jan Lisaus, Payment-Experte der Deutschen Bank. Allein das Handling von Bargeld kostet laut einer Bundesbank-Studie etwa 7,5 Mrd EUR pro Jahr.

Doch die deutsche Bevölkerung begegnet dem Digitalgeld weiterhin mit Skepsis und Ablehnung. Das hat vor allem drei Gründe:

- Wenigen Deutschen behagt, dass ihre Geldströme in einer digitalen Welt vollständig transparent für Bank und Staat wären.
- Ältere Menschen, Migranten oder Obdachlose hätten es schwerer, Zugang zum Zahlungsverkehr zu erhalten. Für Bargeld ist kein Bankkonto notwendig, die Bezahlung ist unkompliziert.
- Bargeld verspricht permanente Verfügbarkeit und ist unabhängig von einem Stromnetz. Bei einem Blackout, wie er 2022 angesichts möglicher Energieversorgungsengpässe befürchtet wurde, würden digitale Kassen und Bezahlsysteme nicht mehr funktionieren.

Woanders geht es auch digital

Nur: Diese Risiken und Schwierigkeiten gelten für Schweden oder China nicht minder. Grundsätzlich sind in diesen Ländern digitale Technologien weiter verbreitet, ist die Ablehnung geringer. Offenbar ist auch die Sorge vor einem ungewollten Einblick des Staats geringer (oder der Einblick ist sowieso umfassend, wie in China). Derzeit erlauben digitale Bezahlsysteme keine Anonymität wie Barzahlungen.

Es gibt jedoch Ansätze, dass Zahlungen en détail nur lokal auf dem mobilen Endgerät aufgezeichnet werden. Mit einer Blindsignatur, einer Art digitaler Signatur, die vor dem Signieren verschlüsselt wird, sollen Transaktionen nicht zurückverfolgbar sein und ohne Angabe von Zeit oder Beträgen bleiben. Wie sicher diese Verfahren sind und ob sie angesichts des Interesses von Staat und Banken, Geldwäsche zu unterbinden, überhaupt zulässig wären, ist noch strittig.

Zaster, Zinsen, Zentralbanken

Bis zur Zinswende 2022 waren Negativzinsen ein wichtiges Instrument für die Zentralbank, um Konsum und Investitionen anzukurbeln. Doch mit Bargeld können Negativzinsen einfach unterlaufen werden, indem Sparvermögen abgehoben und bar verwahrt wird. Ohne Bargeld würde das Vermögen auf dem Konto schrumpfen – der Anreiz, das Geld auszugeben, würde dadurch steigen. Doch nicht alle Ökonomen lassen das als Argument gegen Bargeld gelten: Will die Zentralbank nicht allein Sparen unattraktiv machen, sondern vor allem Investitionen fördern, könnte sie auch Instrumente wie den Aufkauf von Anleihen und die Ausgabe von Unternehmenskrediten dazu nutzen.

„Ohne Bargeld würde eine Finanzkrise viel stärker ausfallen. In einer Finanzkrise misstraut die Bevölkerung dem Banksystem und hebt vermehrt Bargeld ab. Die beruhigende Wirkung der Bargeldauszahlung („Mein Geld ist noch da!") entfiele, gäbe es nur Digitalgeld."

Aber: Ohne Bargeld würde eine Finanzkrise viel stärker ausfallen. In einer Finanzkrise misstraut die Bevölkerung dem Banksystem und hebt vermehrt Bargeld ab. Die beruhigende Wirkung der Bargeldauszahlung („Mein Geld ist noch da!") entfiele, gäbe es nur Digitalgeld.

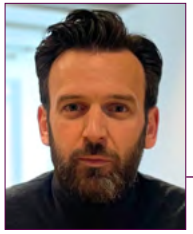
Für ältere oder mittellose Menschen wird es in einer digitalen Bezahlwelt schwieriger, wenn die Akzeptanz der Scheine und Münzen sinkt. In Schweden nutzen fast nur noch ältere Menschen Bargeld. Es gibt jedoch Initiativen, die die digitale Finanzbildung fördern. Auch helfen mobile Bankdienstleistungen oder Einkaufslieferservices, dass diese Menschen nicht ausgeschlossen werden. In anderen Ländern, wo nur wenige Menschen ein Bankkonto besitzen, haben mobile Bezahlsysteme per SIM-Karte wie M-Pesa in Kenia die Inklusion sogar erhöht.

Und auch vor einem Blackout müssten sich die Deutschen mit Blick auf die Bezahlung nicht unbedingt fürchten. Abgesehen von der Schwierigkeit, dass die meisten Kassensysteme elektrisch sind, hat die Bundesbank im vergangenen Winter ihre Bargeldvorräte deutlich hochgefahren. Im Notfall könnten dann Bankschalter mit Bargeld beliefert werden. Zugleich gelten Mobilfunknetze aber auch als kritische Infrastruktur; digitale Guthaben sind durch dezentrale Cloud-Serverstrukturen zumindest vor regionalen Stromausfällen geschützt. Ob es in Deutschland überhaupt zu einem anhaltenden, ungeplanten Stromausfall kommen wird, wird zumindest als wenig realistisch eingeschätzt.

Ohne Frage: Ein Ende des Bargelds wäre eine Umstellung, die gewisse Risiken birgt. Doch es hat sich in anderen Ländern gezeigt, dass diese Risiken wahrscheinlich nicht so groß sind wie oft befürchtet. Dennoch wird es lange dauern, bis das Bargeld hierzulande seine Dominanz verliert. ◄

EU-Zollreform: Auswirkungen auf Unternehmen mit Auslandsgeschäft

Am 17. Mai 2023 verkündete die EU-Kommission Wegweisendes – einen Vorschlag für die umfassendste Überarbeitung der EU-Zollunion seit ihrer Gründung im Jahr 1968. Jenseits der prunkvollen Rhetorik, die solche Ankündigungen oft begleitet, sind die Details entscheidend. Was sind die Hauptziele dieser ehrgeizigen Reform und v.a., wie wird sie Importeure und Exporteure beeinflussen?



Nicolas Urien
Partner - Trade Compliance Management Strategy, DOJÖ

nicolas@welcometodojo.com
www.welcometodojo.com

© artjazz/Shutterstock

Die EU-Kommission will mit einer neuen Zollreform dem stark zunehmenden E-Commerce Herr werden.

Seit der Veröffentlichung des Berichts der Wise Persons Group im März 2022 durch die Kommission hat die EU-Zollreform an Fahrt aufgenommen. Der Bericht zeichnete ein eher kritisches Bild vom Zustand der Zollunion und legte zehn konkrete Vorschläge vor, um sie für ihre künftige Ausrichtung robuster zu gestalten. Viele Beobachter hatten jedoch nicht unbedingt mit einer derart plötzlichen Ankündigung gerechnet. Aktuelle Ereignisse dürften die Agenda der EU-Kommission durcheinandergeworfen und die Dringlichkeit für eine verbesserte Zollunion unterstrichen haben. Doch die Herausforderungen sind enorm. Die Zollunion leidet unter einem strukturellen Mangel an Harmonisierung, angefangen bei elektronischen Systemen bis hin zur Umsetzung von Zollmaßnahmen. Die europäischen Zollbehörden arbeiten derzeit nicht als Einheit, was besonders nachteilig für Unternehmen ist und ernsthafte Fragen u.a. bzgl. des Datenschutzes aufwirft.

Gleichzeitig sind die Zollbehörden immer stärker mit einer wachsenden Palette von Aufgaben belastet. Dies wird durch einen drastischen Anstieg des Handelsvolumens verschärft, der größtenteils durch das hohe Wachstum des E-Commerce getrieben wird. Dadurch ist auch der Anpassungsbedarf für die EU-Zollbehörden hoch. Schließlich wurden die frühen 2020er Jahre auch von tiefgreifenden Veränderungen im geopolitischen Umfeld geprägt (Brexit, Corona, Ukraine-Krieg). Diese Schocks haben gezeigt, dass die EU-Zollunion nicht gut auf das neue globale Regime vorbereitet war.

Alte Zollreform noch in Umsetzung

Die EU hat die Zollreform von 2013 zwar umgesetzt. Sie führte den Unionszollkodex (UZK) ein und beabsichtigte, die EU-Zollabwicklung in eine papierlose, integrierte und vollständig elektronische Umgebung zu bringen. Diese Reform reicht aber nicht aus, um der rasanten Entwicklung zu begegnen. Obwohl sie schon im Mai 2016 gestartet ist, läuft ihre Umsetzung noch und wird erst bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Angesichts der Dringlichkeit bleibt der EU-Kommission wohl nichts anderes übrig, nun viele Themen gleichzeitig anzugehen. Daher hat sie einen umfassenden Vorschlag an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat gerichtet, um den Unionszollkodex und eine Europäische Zollbehörde zu schaffen. Der Reformentwurf ist ziemlich komplex. In praktischer Hinsicht dreht sich alles um drei grundlegende Prinzipien.

1. Aufbau einer neuen Partnerschaft mit Unternehmen

Dieser erste Pfeiler dürfte für Importeure und Exporteure von großem Interesse sein. Die Ambitionen der Kommission bestehen hauptsächlich darin, Zollverfahren zu vereinfachen, einschließlich der Übermittlung von Daten im Zusammenhang mit dem Warenaustausch zwischen Händlern und Behörden.

Zwei Punkte sind besonders wichtig: Erstens sieht der Vorschlag die Sammlung von Daten in einem „EU Customs Data Hub" vor, der ein umfangreiches Daten-Repository ergeben wird. Dieser virtuelle Datenspeicher soll es Händlern ermöglichen, Daten über eine einzige EU-Schnittstelle anstelle der derzeit in den 111 separaten Systemen der EU verwendeten Schnittstellen zu übermitteln. Die technischen Spezifikationen dieses neuen Datenhubs sind derzeit noch nicht bekannt.

Zweitens beabsichtigt die Kommission, das Konzept der „Trust & Check Trader" einzuführen. Eine kleine Gruppe ausgewählter Händler wird von noch größeren Vereinfachungen profitieren, die den bürokratischen Aufwand minimieren sollen. Dieser Status soll die bereits bestehende Zertifizierung als Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO) stärken. Auf den ersten Blick bleiben die Vorteile dieses neuen Status leider vage, und es besteht die Sorge, dass er die Hauptprobleme des AEO-Programms nicht lösen wird: das Fehlen konkreter Vorteile, die übermäßige Anzahl zertifizierter Unternehmen und die mangelnde Einheitlichkeit bei der Bewertung in den EU-Ländern.

„Was das neue Governance-Framework betrifft, wird ein Mechanismus eine harmonisierte Umsetzung des Risikomanagements und der Kontrollen an der gemeinsamen EU-Grenze für Waren sicherstellen, wobei der EU-Zoll-Datenhub unter Aufsicht einer neu geschaffenen Einrichtung, der EU-Zollbehörde, genutzt wird."

2. Die Einführung eines intelligenteren Ansatzes für Zollkontrollen

Die Kommission bestreitet nicht, dass die EU-Zollunion eine strukturelle Modernisierung benötigt und dass alle EU-Zollverwaltungen derzeit erhebliche Herausforderungen bei ihrer Arbeit bewältigen müssen. Daher beabsichtigt sie insb., Künstliche Intelligenz zu nutzen und ein neues Governance-Framework für das Risikomanagement der EU einzurichten.

Die genauen Bedingungen für die Verwendung von KI bleiben jedoch im Unklaren. Was das neue Governance-Framework betrifft, wird ein Mechanismus eine harmonisierte Umsetzung des Risikomanagements und der Kontrollen an der gemeinsamen EU-Grenze für Waren sicherstellen, wobei der EU-Zoll-Datenhub unter Aufsicht einer neu geschaffenen Einrichtung, der EU-Zollbehörde, genutzt wird.

In der Praxis wird diese neue Einrichtung Zollexpertise auf zentraler Ebene bündeln, um das EU-Risikomanagement durchzuführen. Praktisch wird sie auch Kontrollempfehlungen an nationale Zollbehörden herausgeben, die verpflichtet sind, diese entweder umzusetzen oder ihre Nichtumsetzung zu begründen. Sie wird dann nur eine unterstützende und koordinierende Rolle spielen, was viele Fragen aufwirft.

Darüber hinaus soll die neue EU-Zollbehörde die operative Krisenbewältigung koordinieren, indem sie Protokolle für verschiedene Krisenszenarien entwickelt und deren Umsetzung sicherstellt. Dies soll Verwirrung verhindern, wie sie in den ersten Monaten der Corona-Krise sowie bei der Umsetzung der ersten Sanktionspakete gegen Russland aufgetreten ist.

3. Die Umsetzung eines moderneren Ansatzes im E-Commerce

Sämtliche EU-Zollbehörden scheinen vom Volumen des E-Commerce-Verkehrs überfordert zu sein. Nun soll ein maßgeschneidertes Zollregime hierfür eingeführt werden, um die Kontrolle zu erleichtern und Verantwortlichkeiten im Importprozess zu klären. Neue Verfahren werden implementiert, um das bestehende Regime weiter zu vereinfachen und es mit den Mehrwertsteuerregeln für den E-Commerce in Einklang zu bringen.

In der Praxis werden digitale Plattformen als „deemed importers" (anstelle von Verbrauchern) festgelegt. Sie sind für alle Zollformalitäten und Zahlungen verantwortlich. Darüber hinaus wird eine vereinfachte Methode zur Berechnung der anfallenden Einfuhrabgaben für geringwertige Güter, die im Fernabsatz an Verbraucher verkauft werden, eingeführt.

Diese Methode basiert auf einem vierstufigen Staffelsystem mit entsprechenden Ad-Valorem-Zollsätzen von 5% (z.B. für Spielzeug, Haushaltswaren), 8% (z.B. für Seidenprodukte, Glaswaren), 12% (z.B. für Besteck, Elektromaschinen) und 17% (z.B. für Schuhe). Diese Änderung ermöglicht die Aufhebung der Zollbefreiung für Waren im Wert von bis zu 150 EUR, die derzeit eine Quelle für Zoll- und Mehrwertsteuerbetrug darstellt. Ziel ist es auch, den EU-Verbrauchern mehr Transparenz zu bieten und sie vor unangenehmen Überraschungen zu schützen.

Ein ehrgeiziger Zeitplan

Die Kommission plant, diese Reform in Etappen über die kommenden 10 bis 15 Jahre umzusetzen. Der erste Schritt ist für den 1. Januar 2028 anvisiert und

umfasst die Einrichtung der EU-Zollbehörde und die Einführung des maßgeschneiderten Zollregimes für den E-Commerce, während der EU-Zoll-Datenhub seine erste, noch begrenzte Betriebsphase beginnen wird.

Im Jahr 2032 können alle Händler den EU-Zoll-Datenhub nutzen, und ab 2038 wird dies für alle Händler obligatorisch sein. Angesichts der Tiefe der Reform und der historisch langen Verzögerungen bei großen Zollreformen in der EU (UZK, E-Zoll etc.) handelt es sich um einen sehr ehrgeizigen Zeitplan.

Tatsächlich hat nach der Veröffentlichung des Reformvorschlags der Kommission der entscheidende Prozess der Trilog-Gespräche begonnen. Trilog-Gespräche beziehen sich auf informelle Dreiparteien-Treffen mit Vertretern der drei EU-Institutionen: der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union. In der Praxis werden sie durchgeführt, um einen Kompromiss über vorgeschlagene Gesetzgebungen zu erzielen und den Text eines Gesetzgebungsakts abzuschließen. In diesem Moment engagieren sich auch private Akteure in Lobbyingaktionen, die sich auf den endgültigen Text auswirken können. Um es auf den Punkt zu bringen: Die EU-Institutionen müssen einen Kompromiss finden, der i.d.R. Zeit in Anspruch nimmt und über die im Regulierungsvorschlag festgelegte anfängliche Frist hinausgeht.

Die offensichtlich mangelnde Durchführung informeller Konsultationen durch die Kommission zu diesem Zeitpunkt und die bereits öffentlich geäußerten Vorbehalte einiger wichtiger Interessenvertreter gegenüber der Reform (wie globaler Spediteure) deuten darauf hin, dass der Vorschlag wahrscheinlich erhebliche Änderungen aufgrund der Lobbyarbeit privater und institutioneller Akteure erfahren wird.

Fazit

Daher ist Vorsicht angebracht. Für E-Commerce-Unternehmen dürfte eine solche Reform tiefgreifende Auswirkungen auf ihr Geschäft haben. Daher ist es wichtig, deren Auswirkungen bereits jetzt zu bewerten, auch wenn dies nur ein erster Entwurf ist. Dies wurde auch schon gemacht, allein schon aus Lobbyismusgründen. Für andere Händler ist es zu diesem Zeitpunkt dagegen noch zu früh, Schlussfolgerungen zu ziehen, die zu einer Änderung der Strategie für die Verwaltung grenzüberschreitender Geschäftsaktivitäten führen würden. Es ist jedoch wichtig, über aktuelle Diskussionen auf dem Laufenden zu bleiben und eine Auswirkungsanalyse auf die eigenen Aktivitäten durchzuführen, sobald die endgültige Version der EU-Verordnung bekannt ist. ◄

Anzeige

Art. 3g: Handel mit Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Russland

Art. 3g Abs. 1d dürfte zurzeit die umstrittenste Vorschrift in der Russland-Embargo-VO sein. Wie sollte sie ausgelegt werden, damit die Auslegung noch vernünftig ist und nicht zu unverhältnismäßigen Ergebnissen (wie der Zerstörung ganzer Warenlager oder des Verbots jeglichen Weiterverkaufs) führt?

PD Dr. Harald Hohmann
Rechtsanwalt,
Hohmann Rechtsanwälte

info@hohmann-rechtsanwaelte.com
www.hohmann-rechtsanwaelte.com

Björn Schmidt
Rechtsanwalt,
Hohmann Rechtsanwälte

info@hohmann-rechtsanwaelte.com
www.hohmann-rechtsanwaelte.com

Ausgangsfall: D aus Deutschland stellt Raumheizöfen her. Raumheizöfen unterfallen der Zolltarifnummergruppe (ZTN-Gruppe) 7321, die auf Anhang XVII der EU-Russland-Embargos VO 833/2014 gelistet ist. Zur Herstellung der Raumheizöfen bezieht D von jeher Einzelteile von T aus der Türkei. Bei diesen Einzelteilen handelt es sich sowohl um Stahlbehälter mit einem Fassungsvermögen weniger als 300 l, die der ZTN-Gruppe 7310 unterfallen, als auch um verschiedene Einzelteile aus Stahl wie Schrauben, Muttern, Bolzen, die der Zolltarifnummergruppe 7318 unterfallen. Diese ZTN-Gruppen sind ebenfalls unter Anhang XVII EU-VO 833/2014 gelistet. T hat seinen Stahl wegen des günstigen Preises in der Vergangenheit häufig aus Russland bezogen. Der von T bezogene Stahl bzw. die für die Herstellung seiner Produkte erforderlichen Zwischenprodukte sind ebenfalls vollständig von Anhang XVII der EU-VO 833/2014 erfasst.

Fragen: Darf D auch in der Zukunft Einzelteile von T beziehen oder ist dies nunmehr durch das EU-Russland-Embargo untersagt? Und darf D künftig noch Heizungen mit russischem Stahl in der Europäischen Union oder einem Drittstaat verkaufen?

Abwandlung: Sowohl D als auch T haben im Laufe ihrer Geschäftstätigkeit Lagerbestände aufgebaut. Da sie Altbestände nicht konsequent abgebaut und teilweise primär neu produzierte Ware versendet haben, ist ein kleiner Teil der von ihnen gelagerten Produkte sogar älter als zehn Jahre. Darf D von T diese Lagerware kaufen?

Vorschrift von Art. 3g der Russland-VO

Wohl selten hat eine Vorschrift des Russland-Embargos eine solche Unruhe unter Händlern mit Eisen- und Stahlerzeugnissen ausgelöst, wie es Art. 3g tut. Diese Vorschrift verbietet es, in Anhang XVII gelistete Eisen- und Stahlerzeugnisse unmittelbar oder mittelbar in die EU einzuführen, wenn sie ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt wurden (Abs. 1a), solche gelisteten Eisen- und Stahlerzeugnisse, die sich in Russland befinden oder ihren Ursprung in Russland haben, unmittelbar oder mittelbar zu kaufen (Abs. 1b) und solche gelisteten Eisen- und Stahlerzeugnisse zu befördern, wenn sie ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland in ein anderes Land ausgeführt werden. Besonders umstritten ist die Auslegung von Abs. 1d aus Art. 3g, der wie folgt lautet:

„Es ist verboten, in Anhang XVII aufgeführte Eisen- und Stahlerzeugnisse ab dem 30. September 2023 unmittelbar oder mittelbar einzuführen oder zu kaufen, wenn sie in einem Drittland unter Verwendung von in Anhang XVII aufgeführten Eisen- und Stahlerzeugnissen mit Ursprung in Russland verarbeitet wurden; (....) für die Zwecke der

©Vladimir Mulder/Shutterstock

Licht am Ende der Auslieferung? Wie es mit Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Russland weitergeht, ist noch offen.

Anwendung dieses Buchstabens müssen die Einführer zum Zeitpunkt der Einfuhr einen Nachweis über das Ursprungsland der Eisen- und Stahlvorprodukte, die für die Verarbeitung des Erzeugnisses in einem Drittland verwendet wurden, vorlegen."

Bei der Auslegung dieser Vorschrift sind mehrere Punkte umstritten – diese sollen bald durch die EU-Kommission geklärt werden. Es ist klar, dass alle Hersteller von Eisen- und Stahlerzeugnissen nachweisen müssen, dass sie diese Ware nicht aus Russland einführen oder kaufen, und dafür entsprechende Bestätigungen von ihren Lieferanten anfordern müssen. Der nötige Nachweis über das Ursprungsland der Eisen- und Stahlvorprodukte kann u.a. durch ein sog. Mill Test Certificate angetreten werden. Der Ausgangsfall soll dazu dienen zu verdeutlichen, wie u.E. Art. 3g Abs. 1d ausgelegt werden müsste, der durch das 11. Sanktionspaket eingefügt worden ist.

Lösung Ausgangsfall: D darf seit dem 30. September 2023 nicht mehr die o.g. Stahlbehälter und die o.g. Schrauben etc. von T beziehen: Denn sie sind in Anhang XVII gelistet und wurden im Drittland Türkei unter Verwendung von in Anhang XVII gelisteten Eisen- und Stahlvorprodukten mit Ursprung Russland verarbeitet. D ist Einführer und Käufer, und daher sind ihm seit dem 30. September 2023 eine solche Einfuhr und der damit zusammenhängende Kauf verboten. Letztlich soll ein Umgehungsgeschäft verhindert werden: Wenn die EU-Einfuhr solcher gelisteten Eisen- und Stahlerzeugnisse aus Russland verboten ist, darf deren Weiterverarbeitung auch nicht in Drittländern (statt in der EU) stattfinden, um diese Produkte dann anschließend wieder in die EU einzuführen

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob D Heizungen mit russischem Stahl in der EU oder einem Drittland verkaufen darf. U.E. ist ein Kauf innerhalb der EU nicht erfasst.

Verkauf in der EU: Dann dürften diese Heizungen innerhalb der EU auch gekauft und verkauft werden. Wenn man dies anders sähe, würde es zu dem kaum nachvollziehbaren Ergebnis führen, dass zwar ein Verkauf innerhalb der EU zulässig, aber ein Kauf verboten wäre. Das erscheint kaum sachgerecht.

Verkauf in Drittland: Demnach dürfte diese Heizung zwar grundsätzlich nicht in einem Drittland gekauft werden. Aber da Personen in Drittländern i.d.R. nicht dem EU-Russland-Embargo unterfallen, kann ein solcher Kauf durch sie rechtlich nicht belangt werden, sodass er im Ergebnis rechtlich erlaubt ist.

Demnach wäre der Weiterhandel von Art. 3g Abs. 1d nicht erfasst.

Lösung Abwandlung: Sehr schwierig ist die Frage zu beantworten, ob D von T auch keine entsprechende russische Lagerware kaufen darf. Nach dem Wortlaut ist auch solche Lagerware erfasst mit dem Ergebnis, dass diese kaum noch verwendet werden kann und möglicherweise vernichtet werden müsste. Um absurde Ergebnisse für Altwaren zu vermeiden, sollte u.E. aus dem zeitlichen Kontext, dass diese Regelung mit dem 11. Sanktionspaket vom 24. Juni 2023 eingefügt wurde, geschlossen werden, dass Produkte, die vor dem 24. Juni 2023 hergestellt wurden, nicht unter diese Vorschrift fallen.

„Sollte ein Kauf innerhalb der EU auch erfasst sein, würde das dazu führen, dass jeglicher Weiterverkauf in der EU verboten werden könnte. Wir meinen aber, dass mit dem ‚Kauf' lediglich der mit der Einfuhr unmittelbar zusammenhängende Kauf gemeint ist. Weiter würde ein unbegrenztes Erfassen von Altwaren zu absurden Ergebnissen und zu Vernichtungen ganzer Warenlager führen können. Wir glauben nicht, dass die EU diese Auslegung favorisieren wird. Aber eine verbindliche Auslegung der EU hierzu ist abzuwarten."

Das Ergebnis wäre demnach: D darf von T keine Lagerware kaufen, die nach dem 24. Juni 2023 hergestellt worden ist und russischen Stahl enthält. Hingegen folgt aus den obigen Ausführungen, dass ein Weiterverkauf des D bzgl. seiner Lagerware u.E. unproblematisch ist.

Resümee

Diese Ausführungen sind allein Auslegungen durch uns, die u.E. aber durch Verhältnismäßigkeit und teleologische Reduktion des Wortlauts nach ihrem Sinn und Zweck geboten sind. Wir wollen nochmals darauf aufmerksam machen, dass derzeit umstritten ist, ob und inwieweit Altwaren erfasst sind und ob ein Kauf innerhalb der EU auch erfasst ist (bitte vergleichen Sie hierzu die FAQ der EU-Kommission und demnächst die der Bundesregierung).

Sollte ein Kauf innerhalb der EU auch erfasst sein, würde das dazu führen, dass jeglicher Weiterverkauf in der EU auch verboten werden könnte. Wir meinen aber, dass mit dem „Kauf" lediglich der mit der Einfuhr unmittelbar zusammenhängende Kauf gemeint ist. Weiter würde ein unbegrenztes Erfassen von Altwaren zu absurden Ergebnissen und zu Vernichtungen ganzer Warenlager führen können. Wir glauben nicht, dass die EU diese Auslegung favorisieren wird. Von daher ist eine sinnvolle zeitliche Präzisierung erforderlich, dass u.E. nur nach dem 24. Juni 2023 hergestellte Ware, die russischen Stahl enthält, von dieser Vorschrift erfasst ist. ◄

Wegen aktueller Hinweise zum Russland-Embargo vgl. HIER

Strategische Partner

Coface
Niederlassung in Deutschland
Sebastian Knierim
Pressesprecher
Isaac-Fulda-Allee 1
55124 Mainz
(0 61 31) 323-335
sebastian.knierim@coface.com

Credendo
Karsten Koch
Country Manager
Luisenstraße 21
65185 Wiesbaden
(06 11) 50 40 52-02
k.koch@credendo.com

Deutsche Bank AG
Corporate Bank
Kerstin Schirduan
Regional Marketing Head
EMEA
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
(069) 910-322 96
kerstin.schirduan@db.com

ecovium GmbH
Darya Basarhina
Director, Sales
Customs Division
Justus-von-Liebig-Str. 3
31535 Neustadt
(0 71 73) 91 25-44
01 70 635 90 76
darya.basarhina@
ecovium.com

GvW Graf von Westphalen
Dr. Lothar Harings
Rechtsanwalt
Poststraße 9 – Alte Post
20354 Hamburg
(040) 359 22-278
l.harings@gvw.com

Helaba
Andrej Rempel
Executive Director
Structured Trade &
Export Finance
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
(069) 91 32-43 86
andrej.rempel@helaba.de

Hohmann Rechtsanwälte
RA Dr. Harald Hohmann
Am Galgenfeld 14–16
63571 Gelnhausen
(0 60 51) 88 88-644
info@hohmann-
rechtsanwaelte.com

Landesbank
Baden-Württemberg
Nanette Bubik
Head of Export Finance
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
(07 11) 127-760 18
nanette.bubik@lbbw.de

ODDO BHF
Aktiengesellschaft
Jutta Röller
International Banking Sales
Bockenheimer Landstraße 10
60323 Frankfurt am Main
(069) 718-22 35
jutta.roeller@oddo-bhf.com

IMPRESSUM

Verlag:
MBM Martin Brückner Medien GmbH
Rudolfstraße 22–24
60327 Frankfurt am Main
HRB Nr. 42035
Amtsgericht Offenbach
Ust.-Idnr. DE246197823

Geschäftsführung:
Martin Brückner

Redaktion:

Jörg Rieger
Telefon: (09 31) 90 73-28 76
E-Mail: redaktion@exportmanager-online.de

Anzeigen:
Marcus Rohrbacher

Lektorat:
Juliane Streicher

Jahresabonnement:
Bezug kostenlos, zehn Ausgaben, Registrierung unter www.exportmanager-online.de

Strategische Partner:
Coface, Credendo, Deutsche Bank, ecovium, GvW Graf von Westphalen, Helaba, Hohmann Rechtsanwälte, Landesbank Baden-Württemberg, ODDO BHF

Haftungsausschluss:
Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts des ExportManagers übernehmen Verlag und Redaktion keine Gewähr.

Eine Publikation von:
MBM Martin Brückner Medien GmbH